

Innenpolitik

Die Krise der Linkspartei

Von B. B. / 14. Juni 2012

Konjunkturbelebung, niedriger Stand der Klassenkämpfe, Wahlniederlagen – die Linkspartei befindet sich in einer heftigen Krise.

Konjunkturbelebung, niedriger Stand der Klassenkämpfe, Wahlniederlagen – die Linkspartei befindet sich in einer heftigen Krise.

Bei den letzten Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig Holstein und NRW verlor Die Linke 343?004 WählerInnen. Das waren in den drei Bundesländern insgesamt mehr als die Hälfte der WählerInnen der vorhergehenden Landtagswahlen.

Wenn dabei die Linkspartei im Saarland an die Piratenpartei, die SPD und an NichtwählerInnen verloren hat, in Schleswig-Holstein an die Piratenpartei und an die NichtwählerInnen, in NRW an die SPD und an die Piratenpartei, dann entwickelt sich das Bewusstsein bei einem Teil der ArbeiterInnenklasse (von „ProtestwählerInnen“ ganz abgesehen) nicht nach „links“, sondern nach „rechts“. Was sind die Ursachen?

Soziale Frage nicht im Mittelpunkt

Wenn trotz der anhaltenden Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft die Linkspartei 343?000 WählerInnen verlor, dann zeigt das auch auf der parteipolitischen Ebene, dass die Krise nicht auf die BRD durchschlägt, jedenfalls nicht direkt. Die Erwerbslosigkeit steigt nicht, sondern sinkt. Für viele Lohnabhängige zählt der aktuelle Konjunkturaufschwung in Deutschland und nicht die offenkundige Krise in vielen Ländern Europas oder den USA. Die Empörung über Hartz IV und Rente mit 67, die der SPD nicht vergessen und verziehen werden, wird überlagert von den durch ver.di und IG Metall ausgehandelten Lohnerhöhungen, zu denen CDU-Finanzminister Schäuble aufgefordert hatte, und durch die Zuschläge für LeiharbeiterInnen in der Metallindustrie, die von Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU) begrüßt wurden. Die Gewerkschaftsführungen sehen sich auf Erfolgskurs und wännen keinen Grund für gesellschaftlichen Protest. Die soziale Frage steht nicht im Mittelpunkt. Für viele ist der Blick auf die Krise des Systems verstellt, während sie eine kleine revolutionäre Minderheit ins Zentrum ihrer Aktivitäten rückt. Die gute Konjunktur verhindert die Ausweitung der Anti-Krisen-Protteste zur Anti-Krisen-Bewegung und schwächt die Zustimmung zur Linkspartei.

Kein antikapitalistischer Wahlkampf

Zur schwierigen objektiven Lage kam ein Wahlkampf der Linkspartei in NRW, der sich nicht auf die kapitalistische Systemkrise konzentrierte, sondern auf Sofortforderungen wie „Kitas für alle“, „landesweites Sozialticket“ und „Löhne rauf (ihr seid es wert!)“. Die Forderung einer „Millionärssteuer“ ist kein Gegenbeispiel. Sie wurde auch von der Linkspartei im Saarland und in Schleswig-Holstein gefordert. Die „Enteignung der Banken“ konnte schon deshalb keine zentrale Forderung des Wahlkampfes der NRW-Linkspartei werden, verhinderte doch ein Teil der Mehrheit der Antikapitalistischen Linken des Landesverbandes schon den Wahlkampflogan „Löhne rauf – Diäten runter!“, weil er zu radikal sei. Damit

verpasste die antikapitalistische Mehrheit der Linkspartei in NRW die einmalige Chance, einen antikapitalistischen Wahlkampf zu führen und zur Herausbildung von Klassenbewusstsein beizutragen. Ihren „Antikapitalismus“ spart sich diese Strömung lieber für Parteitage auf.

Sicherlich hätte auch ein Wahlkampf rund um die „Enteignung der Banken“ nicht die Abwendung von der Linkspartei und den Fall unter die 5%-Hürde verhindern können. Aber eine scharfe Kritik an der kapitalistischen Systemkrise hätte gesellschaftlich polarisierend gewirkt und vielleicht einen Teil der früheren WählerInnen überzeugt.

Ratgeberpose

Für eine reformistisch-parlamentarische Partei wie die Linkspartei wiegen Wahlniederlagen mindestens so schwer wie Niederlagen im offenen Klassenkampf.

Nach der Wahlniederlage wurde der Linkspartei vielfach empfohlen, sich mehr der außerparlamentarischen Arbeit zu widmen. Der gut gemeinte Ratschlag geht völlig daneben. Eine reformistische Partei bringt nur unter außergewöhnlichen Umständen Menschen auf die Straße – mit dem alleinigen Zweck, sie auf den Parlamentarismus zu fixieren. Im Alltag saugt ihr Apparat viele AktivistInnen der sozialen Bewegungen auf, um sie als Abgeordnete in den parlamentarischen Tretmühlen versacken zu lassen. Wenn RevolutionärInnen für die Reform der Reformismus eintreten, kann das nur in der Entrevolutionierung der RevolutionärInnen enden.

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen der Linkspartei im Vergleich
Angaben in absoluten Zahlen der gültigen Stimmen

	LTW 2012	LTW 2009/2010	Stimmenverluste
Saarland	77.612 (16,1%)	113.664 (21,3 %)	-36.052
Schleswig-Holstein	29.900 (2,3 %)	95.764 (6,0 %)	-65.864
NRW	194.539 (2,5%)	435.627 (5,6 %)	-241.088
	302.051	645.055	-343.004

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 14. Juni 2012
in der Kategorie: **Innenpolitik, RSB4.**